31 / 2012 www.sabine-baetzing.de 12.10.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Herbstferien neigen sich dem Ende zu und damit auch die Wahlkreiswoche!
Diese war jedoch gespickt von tollen Veranstaltungen und interessanten Begegnungen! Anlässlich des 20. Todestages Willy Brandts hatte die Unkeler Bürgerstiftung Wolfgang Thierse als Referent eingeladen - ein sehr emotionaler Abend!
Emotional wird derzeit auch die "Organspende" diskutiert. Um mehr Information und Licht ins Dunkle zu bringen, lade ich für kommenden Dienstag zu einer Veranstaltung zu diesem wichtigen Thema ein!
Es wäre toll, wenn ich viele von euch dort begrüßen könnte.
Bis dahin ein schönes Herbstwochenende!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Gorleben – Aus Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt!

Das ganze Verfahren zur Endlagersuche geht bislang am Deutschen Bundestag, dem eigentlichen Gesetzgeber, komplett vorbei.
Der jahrzehntelange Streit um Gorleben zeigt jedoch, dass Vertrauen die wichtigste Währung bei der Endlagersuche ist. Dieses Kapital hat die Bundesregierung mit der bisherigen Vorgehensweise verspielt.
Bundeskanzlerin Merkel und ihr Umweltminister Altmaier sollten eigentlich aus den Fehlern von Gorleben lernen. Doch Altmaier kapituliert und die Kanzlerin erweckte bei ihrer Zeugenvernehmung im Gorleben-Untersuchungsausschuss nicht den Eindruck, dass sie aus ihren Fehlern von Gorleben etwas gelernt hat.
Am Ende legte Merkel sich fest und erklärte, dass sie dafür sei, Gorleben zunächst zu Ende zu erkunden. Altmaier bleibt untätig und wartet ab. Dieses Abwarten und Merkels Vorfestlegung bestätigen den Verdacht, dass alles wieder auf Gorleben hinaus laufen soll.
Die Endlagersuche in Deutschland braucht dringend einen Neustart. Was wir nicht brauchen sind Ethik- oder sonstige Kommissionen mit honorigen Menschen als Schlichter oder Vermittler.
Was wir brauchen ist eine parlamentarische Befassung. Wir brauchen Anhörungen im Bundestag, in denen natürlich auch Verbände und Bürgerinitiativen ihre Interessen vortragen können. Wir brauchen einen nationalen Dialog zur Endlagerfrage.
Insbesondere bei einem Gesetz von einer solchen Dimension braucht die Politik das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in ein sauberes und transparentes Verfahren ohne Vorfestlegungen.
Nur ein nationaler Dialog kann auch zu einem nationalen Konsens in der Endlagerfrage führen.
Dieser Konsens ist gerade deshalb besonders wichtig, da die Entscheidung zu einem atomaren Endlager nicht kurz- , mittel- oder langfristig korrigiert werden kann. Wir brauchen eine Entscheidung für einen Standort, der definitiv die größte Sicherheit bietet. Dazu muss gründlich recherchiert werden.

Arbeit & Soziales

Minijobs – Die soziale Absicherung reicht nicht!

Die Kritik an Minijobs wird lauter – und das ist richtig. Die Kritik ist berechtigt und notwendig. Dass Minijobs nun auch in der Wirtschaft zunehmend kritischer gesehen werden, begrüßt unsere Bundestagsfraktion ausdrücklich.
Wir, Gewerkschaften und viele Verbände weisen seit geraumer Zeit nachdrücklich auf die Probleme der geringfügigen Beschäftigung hin. Minijobs sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Sie haben eine ungenügende soziale Absicherung zur Folge.
Zudem ist klar: Minijobs werden überwiegend von Frauen ausgeführt. Damit tragen diese Arbeitsverhältnisse zur geschlechtsspezifischen Spaltung des Arbeitsmarktes bei. Und sie sind eine berufliche Sackgasse, aus der es kaum ein Entrinnen gibt. Denn geringfügige Beschäftigung bietet in der Regel weder Weiterbildungsmöglichkeiten noch Aufstiegschancen. Sie ist keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Damit ist Altersarmut von Frauen vorprogrammiert, ebenso wird die Abhängigkeit vom Partnereinkommen verfestigt. Obwohl dies auch der schwarz-gelben Bundesregierung bekannt ist, begrenzt sie Minijobs nicht, sondern erweitert sie durch die Anhebung der Verdienstgrenze auf 450 Euro.
Mit dieser Bundesregierung und ihrer Arbeitsministerin sind die arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht zu gestalten. Die Frauen in unserer Gesellschaft wissen dies.
Unsere Bundestagsfraktion wird weiter dafür kämpfen, dass geringfügig Beschäftigte – Frauen wie Männer – sozial besser abgesichert werden und der bestehende Missbrauch endlich beseitigt wird.

Finanzen

Transaktionssteuer – Nichts für FDP und Freunde!

Dass die FDP sich skeptisch zeigt über den großen Schritt hin zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ist kein Wunder:
Die FDP lehnt eine Heranziehung des Finanzsektors zur Finanzierung der Krisenkosten nach wie vor ab.

Insbesondere Herr Wissing, der es eigentlich besser wissen müsste, überzeichnet die Probleme einer Finanztransaktionssteuer und ignoriert die Lösungsvorschläge, die die EU-Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag zur Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer bereits gemacht hat. Die FDP spricht vom Schutz der Kleinsparer; sie meint aber den Schutz ihrer Freunde in der Finanzbranche.

Menschenrechte

Todesstrafe – Das Risiko von Fehlurteilen ist zu groß!

Es ist erfreulich, dass die Todesstrafe weltweit immer seltener verhängt wird. Dennoch müssen sich Deutschland und Europa weiter ihrer Verantwortung bewusst sein und für die völlige Abschaffung der Todesstrafe kämpfen.
57 Staaten praktizieren noch immer die Todesstrafe. Zunehmend setzt sich jedoch die Erkenntnis durch, dass diese Strafe grausam und erniedrigend ist und das wichtigste Gut eines Menschen verletzt, nämlich sein Recht auf Leben.

Nachgewiesene Fehlurteile in den USA haben diesen Erkenntnisprozess gefördert. Das Risiko eines Fehlurteils ist zu groß und die vollzogene Strafe nicht korrigierbar. 2011 wurden mindestens 676 Menschen in 20 Staaten hingerichtet. 2012 wurden in Gambia erstmals seit 27 Jahren wieder Todesurteile vollstreckt. Auch Japan hat fünf Menschen hingerichtet. Am 19. Oktober wird über die Wiederaufnahme des Verfahrens von Hakamada Iwao entschieden, der seit 44 Jahren wegen Mordes im Todestrakt sitzt und seine Unschuld beteuert.
Auch einer der am Urteil beteiligten Richter hält ihn für unschuldig – bleibt zu hoffen, dass das Gericht eine humane Entscheidung trifft.
Unabhängig von diesem Einzelfall sollte Japan wieder zu seiner früheren Politik zurückkehren und keine Todesurteile mehr vollstrecken.
Als einziges westliches Land halten die USA beziehungsweise 34 der 50 US-Bundesstaaten an der Todesstrafe fest. Auch in den USA verliert die Todesstrafe an Rückhalt. Die Hinrichtung des möglicherweise geistig behinderten Marvin Wilson im US-Bundesstaat Texas im August dieses Jahres hat weltweit Empörung ausgelöst.
Die meisten Hinrichtungen finden – neben den USA – in China, Iran, Saudi-Arabien und Pakistan statt. Auch im Jemen und im Irak ist die Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen erschreckend hoch. Trotz dieser Hardliner-Staaten ändert dies nichts am Trend zum Rückzug der Todesstrafe – wenn schon nicht zu ihrer völligen Abschaffung, so doch zu einem Hinrichtungsmoratorium. Diese Entwicklung wird unsere Bundestagsfraktion weiterhin mit aller Kraft unterstützen.

Der 11. Oktober ist erstmals Weltmädchentag – Gut so!

Der 11. Oktober ist ein besonderer Tag für die Mädchen dieser Welt. Daher fordert unsere Bundestagsfraktion, mehr politische Initiativen, um die Situation der Mädchen weltweit zu verbessern. Der Weltmädchentag verdeutlicht, dass die Gleichstellung der Geschlechter noch lange nicht erreicht ist. Mädchen sind gleich zweifach – aufgrund ihres Geschlechts und ihres Alters – benachteiligt. Sie werden ignoriert, verkauft, ausgebeutet, Gewalt ausgesetzt oder verletzt: Mehr als 60 Millionen Mädchen werden vor ihrem 18. Lebensjahr zwangsverheiratet. 75 Millionen Mädchen gehen nicht zur Schule. Jährlich sterben rund 70.000 Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren an den Folgen von Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt.
Die gesellschaftliche Geringschätzung von Mädchen und Frauen spiegelt eine grundlegend fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wider. Die Benachteiligung und Ausbeutung von Mädchen ist vielfach eingebettet in kulturelle Denkweisen, Traditionen, Überzeugungen und religiöse Einstellungen.
Besonders in den aufstrebenden Schwellenländern Asiens lässt sich an den Geburtenstatistiken der traurige Trend ablesen: Bessere medizinische Versorgung, etwa durch Ultraschall, geht Hand in Hand mit sozialen und kulturellen Präferenzen. Es werden gezielt weibliche Föten abgetrieben, damit Familien einen männlichen Stammhalter bekommen. Oder Mädchen erhalten, verglichen mit ihren Brüdern, weniger Unterstützung und Förderung durch ihre Familien.
Auf Initiative unserer Bundestagsfraktion hatte der Deutsche Bundestag am 21. September 2011 einen fraktionsübergreifenden Antrag beschlossen, der die Bundesregierung aufforderte, sich bei den Vereinten Nationen für einen Weltmädchentag einzusetzen.

In eigener Sache

„Sabine trifft…!“ – Thema Organspende

Seit Jahren wird darum gerungen, Menschen davon zu überzeugen, ihre Organe zu spenden. Damit tun sich viele schwer. Die Anzahl derer, die einen Organspendeausweis haben, ist nur langsam angestiegen.
In diese langsame, aber doch positive Entwicklung kommt dann plötzlich die Nachricht, dass es zu erheblichen Manipulationen in Kliniken gekommen ist. Empfänger von Organen wurden kränker gemacht, als sie waren, um schneller an ein Spenderorgan zu kommen. Der Verdacht stand im Raum, sich Organe schneller besorgen zu können, wenn man nur genügend Geld hat. Und dieser Verdacht hat sich inzwischen mehrfach bestätigt. Wie soll dieser Vertrauensverlust wieder ausgeglichen werden? Ein heikles Thema. Am Dienstag, den 16. Oktober 2012, um 19.00 Uhr kommt der Medizinische Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Transplantation Prof. Dr. med. Günter Kirste und der Bezirksgeschäftsführer der AOK Edgar Holzapfel in das Elisabeth-Krankenhaus in Neuwied zu „Sabine trifft…!“
Ihr seid herzlich eingeladen, eure Fragen zu stellen und euch zu dem Thema zu äußern. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Eintritt ist frei!
Treffpunkt: Tagungsraum Cafeteria
Ich freue mich auf euch!

Bonbon

„Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“

(Helmut Schmidt, SPD)

Termine

13.10.12	**11.00 Uhr**	**Tibetgesprächskreis AK**
	19.00 Uhr	**DRK Kirchen-Wehbach**
14.10.12	**11.00 Uhr**	**Vernissage Kulturhaus Hamm**
	18.00 Uhr	**Schützenbruderschaft Leubsdorf**
15.10.12 –19.10.12		**Sitzungswoche in Berlin**
16.10.12	**19.00 Uhr**	**Sabine trifft…Neuwied**
19.10.12	**18.00 Uhr**	**Spätsommerfest SPD VG Hachenburg**
	18.30 Uhr	**SPD Kreiskonferenz AK in Berod**